

Wahlprüfsteine der SDW zur Bundestagswahl 2021

Fragen zum Waldschutz

1. Wir alle profitieren von den Ökosystemleistungen des Waldes. Viele werden unentgeltlich erbracht. Setzt sich Ihre Partei für eine Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes ein und wie stellen Sie sich die Umsetzung vor?	
CDU/CSU	<p>CDU und CSU werden die Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes weiterverfolgen. Intakte Wälder leisten viel für unsere Umwelt und die Gesellschaft. Diese Leistungen wollen wir in Wert setzen und damit die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege der Wälder unterstützen. Das Vorhaben wird maßgeblich von der Union vorangetrieben und ist in seiner Tragweite nicht zu unterschätzen: der Wald wird erstmals auf ein weiteres ökonomisches Standbein, neben den Erlösen durch Holz und Jagd, gestellt.</p> <p>Bei der Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes werden wir mit den Klimaschutzleistungen beginnen. Denn um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir neben der wichtigen Verringerung der Emissionen die CO₂-Minderung von Wald und Holz stärken. Dazu liegen die ersten Vorschläge auf dem Tisch. Wir werden die Speicherleistung des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell honorieren und eine CO₂- Bindungsprämie einführen. So kann die Klimaleistung des Waldes dauerhaft und verlässlich abgegolten werden und ein zentraler Baustein zur Honorierung weiterer Ökosystemleistungen des Waldes sein.</p>
SPD	<p>SPD und CDU/CSU haben am 22. April im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Honorierung der Ökosystemleistungen der Wälder mit der Drucksache 19/28789 beschlossen. Ziel ist, „umsetzbare Modelle zu entwickeln, um (...) Leistungen (des Waldes) in Wert zu setzen; wobei auch mit den Ökosystemleistungen des Waldes in Einklang stehende wirtschaftliche Nutzungen des Waldes und seiner Produkte berücksichtigt werden sollen.“ Es soll ein System etabliert werden, welches die vom Wald erbrachten vielfältigen Ökosystemleistungen honoriert und die Multifunktionalität von Wäldern gerecht wird. Für die Honorierung der Ökosystemleistung des Waldes sind im Klima-Sofortprogramm 200 Millionen Euro vorgesehen.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Die multifunktionalen Leistungen des Waldes sind von sehr großer Bedeutung. Die öffentliche Hand kann die ökologischen Leistungen der Wälder vergüten, insbesondere Naturschutzleistungen, wenn sie über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehen. Die Entwicklung gesunder, naturnaher Wälder, die mehr Kohlenstoff binden als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird, und alle konkreten Maßnahmen, die diesen Zielen dienen, werden wir GRÜNE fördern. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit die bestehenden gesetzlichen Mindeststandards im Sinne der guten fachlichen Praxis zu überarbeiten. Es ist z.B. überfällig, dass mehr Wasser in der Landschaft gehalten werden muss, und daher Entwässerungen im Wald oder auch Kahlschläge ein Ende haben müssen.</p>

Die Linke	Ja. DIE LINKE begrüßt die Debatte zur Honorierung von Ökosystemdienstleistungen (ÖSL) im Wald. Dabei müssen alle ÖSL des Waldes von Filter-, Speicher-, Lebensraum- bis Erholungsfunktion berücksichtigt werden. Eine Reduzierung des Waldes auf einen CO2-Speicher sieht DIE LINKE kritisch, zumal bisher kein stimmiges Konzept vorliegt, wie mit Krisensituationen umgegangen wird, wenn der Wald seine Senkenfunktion verliert oder gar zur Quelle wird. Dabei geht es um Hilfe zur Selbsthilfe, nicht um ein Rundum-sorglos-Paket für Waldbesitzende. Waldbesitzer bleiben nach Artikel 14 Grundgesetz in der Verantwortung, nach dem Eigentum verpflichtet und zum Allgemeinwohl verwendet werden soll. Aber sie brauchen zur Erfüllung der Gemeinwohllleistung Unterstützung, insbesondere im Klein- und Kleinstprivatwald. Eine Honorierung über den Energie- und Klimafond ist vorstellbar und eine Option, deren Ausgestaltung diskutiert werden muss.
FDP	Der Wald spielt eine entscheidende Rolle bei der Vermeidung und Kompensation von Treibhausgasen und leistet somit einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Wir Freie Demokraten wollen die multifunktionale Ökosystemleistungen des Waldes, die größtenteils unentgeltlich erbracht werden, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten honorieren. Wir sehen die Klimaschutzleistung der Wälder als Ergebnis einer aktiven Waldbewirtschaftung und wollen die Inwertsetzung der CO2-Bindungsleistung von Wäldern und somit die Einführung eines Vergütungssystems dieser Leistung vorantreiben. Durch die Vergütung der langfristigen Bindung von CO2 durch die Berücksichtigung des Wirtschaftswaldes im Emissionshandelssystem wollen wir zusätzlich marktwirtschaftliche Anreize schaffen für eine nachhaltige multifunktionale Waldbewirtschaftung und, wo möglich, für eine Erweiterung der Waldfläche durch Neuaufforstung. Dazu hat die Fraktion der Freien Demokraten unter anderem die Initiative „Waldbonus schaffen – CO2 reduzieren“ (BT-Drs. 19/16484) in den Bundestag eingebracht und dieses wichtige Thema somit zuerst auf die politische Agenda gesetzt.
Volt	Hier gilt für Volt die Maxime "öffentliches Geld für öffentliche Leistung". Die Ökosystemleistungen sollen im Wald adäquat zu den Planungen in der Landwirtschaft dort honoriert werden, wo sie der Gesellschaft als ganzes zur Verfügung gestellt werden. Volt nennt dies Gemeinwohlprämie. Diese Prämie kann an Einzelmaßnahmen oder an langfristige, flächenbezogene Effekte gekoppelt werden.

2. Unsere heimischen Wälder müssen an zukünftiges Klima angepasst sein. Wie beabsichtigen Sie die Forstbetriebe sowie Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer zu motivieren, ihre Wälder trotz im Moment niedriger Erlöse klimastabil umzubauen? Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen?	
CDU/CSU	CDU und CSU wollen, dass es sich für die Waldbesitzer wieder lohnt, ihren Wald zu bewirtschaften. Sie sind es, die unsere Zukunft pflanzen. Ganz aktuell unterstützen wir mit dem 1,5 Mrd. Euro-Paket für die Wiederaufforstung. Aber auch längerfristig werden wir die Waldeigentümer von Bundesseite über den Förderbereich Forsten der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) unterstützen. Die Förderungen reichen von der naturnahen Waldbewirtschaftung, über die forstliche Infrastruktur bis hin zu Waldschutzmaßnahmen und Vertragsnaturschutz im Wald. Mittelfristig streben wir - wie oben ausgeführt - eine direkte Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes an.

	Die Förderung des Waldes und der multifunktionalen Forstwirtschaft muss auch den allen Waldbesitzern zugänglich sein. Besonders wichtig für den Klein- und Kleinstprivatwald ist die Möglichkeit der Unterstützung der forstlichen Zusammenschlüsse.
SPD	Mit der Wiederbewaldung von Schadflächen und dem Waldumbau zu klimastabilen Mischwäldern stehen wir vor einer Jahrhundertaufgabe. Die dafür notwendigen Investitionen müssen im Wesentlichen von den kommunalen und privaten Waldbesitzern getragen werden. Doch die in der Forstwirtschaft erzielbaren Erlöse können die anstehenden Kosten nicht mehr dauerhaft decken. Die Lösung dieses Dilemmas liegt in der Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes, dessen Zuwachs zukünftig als neue Einkommensquelle verfolgt werden sollte.
Bündnis 90/ Die Grünen	Das Zeitalter reiner Monokulturen auf bestehenden „Anbauflächen“ muss ein Ende haben. Die Umwandlung von Plantagen- und Monokulturen zu naturnahen, klimabeständigeren Laubmischwäldern liegt in unserem elementaren Interesse und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir GRÜNE wollen einen Waldzukunftsfonds auflegen als Unterstützung für die Gesundung und die Umwandlung des kranken Waldes. Zudem werden wir die Entwicklung hin zu klimastabilen und artenreichen Laubmischwäldern fördern. Damit soll die natürliche Verjüngung des Waldes, die Förderung heimischer Laubbaumarten und eine bodenschonende Bewirtschaftung ermöglicht werden.
Die Linke	Die Forstbetriebe müssen wieder deutlich besser finanziell gesichert sein. Dazu müssen auch faire Holzpreise beitragen. Zumal auch gut ausgebildetes und anständig bezahltes Forstpersonal auf der Fläche dringend gebraucht wird, um die Herausforderungen im Wald zu meistern. Der Personalabbau in den Forstbetrieben muss nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden. Gut ausgebildete Forstleute brauchen aber attraktive Jobangebote. Insbesondere Klein- und Kleinstwaldbesitzende brauchen Unterstützung. Dazu gehören neben der Honorierung von Ökosystemdienstleistungen auch öffentliche Beratungsangebote mit dem Ziel des naturgemäßen Waldumbaus, Stärkung überbetrieblicher Zusammenschlüsse (z.B. Forstbetriebsgemeinschaften), verbessertes Risiko- und Krisenmanagement (u.a. steuerfreie Risikoausgleichsrücklage) und eine jagdliche Unterstützung. Vor allem leichter Zugang zur Förderung trägt erheblich zur Motivation von Waldbesitzenden bei, ohne sie dabei aus der Pflicht ihrer Verantwortung zu nehmen.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen das Konzept der multifunktionalen Forstwirtschaft, vor allem vor dem Hintergrund der Klimaveränderungen, stärken und unsere Wälder zukunftsfit machen. Angesichts der extremen Wetterereignisse und des massiven Schädlingsbefalls der jüngsten Vergangenheit setzen wir uns für eine echte Waldschutzoffensive ein. Dazu wollen wir die Forstbetriebe und Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer besser bei einer schnellen Schadholzbergung und -vermarktung und der Schädlingsbekämpfung unterstützen. Da aktiv bewirtschaftete Wälder nachweislich mehr CO2 binden, stellt unsere Idee eines marktwirtschaftlichen Vergütungssystems der Bindungs- und somit Klimaschutzleistung der Wälder die besten Anreize für Forstbetriebe und Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer dar, ihre Wälder trotz im Moment niedriger Erlöse klimastabil umzubauen und somit eine Grundlage für gesunde Wälder zu schaffen. Zudem setzen wir uns für den Wiederaufbau der Wälder mit klimaresilienten und standortgerechten Baumarten ein und wollen dafür auch den

	entsprechenden rechtlichen Rahmen schaffen. Betriebe der Land- und Forstwirtschaft werden wir mittels einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage dabei unterstützen, besser Vorsorge zur Selbsthilfe treffen zu können.
Volt	Die schnellen klimatischen Veränderungen treffen mit Blick auf die Geschwindigkeiten der Veränderungen auf ein träges System Wald. Anbauempfehlungen werden schwieriger, Produktionsrisiken höher. Diese Problematik ist Volt bewusst. Hinzu kommen die schlechten Einnahmesituationen vieler Waldbesitzer*innen. Hier fördert Volt zum einen die Erweiterung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes durch Stärkung der Forschung, um Risiken kalkulierbarer zu machen. Eine kurzfristige Überbrückung der Kalamitätsfolgen wird über eine gut strukturierte und unbürokratische Förderkulisse des Bundes als Rahmen für föderale Förderrichtlinien nötig sein. Langfristig müssen auch Modelle von genossenschaftlicher Waldbewirtschaftung mit dem übergeordneten Ziel des Erhalts aller Waldfunktionen bei gleichzeitiger Risikominimierung des*der einzelnen Waldbesitzer*in insbesondere im Kleinstprivatwald einfacher als bisher möglich sein. Grenzwirtschaftswald soll bevorzugt für nicht produktive Waldfunktionen genutzt werden.

3. Die Baumartenwahl gilt als das entscheidende Instrument, eine Klimaanpassung unserer Wälder zu erreichen. Wie möchte Ihre Partei hier die Schwerpunkte setzen, welche Rolle sollen dabei nichtheimische Baumarten spielen und welche Wiederbewaldungsmaßnahmen und Initiativen wird Ihre Partei umsetzen?	
CDU/CSU	Wir brauchen Wälder, die unter den Bedingungen des Klimawandels stabil und anpassungsfähig sind. Der Wald, den wir heute pflanzen, muss mit dem Klima in 50, 60 Jahren noch gut zurechtkommen. Der Zukunftswald ist ein robuster, für den jeweiligen Boden und das jeweilige Klima passender Mischwald. Wichtig für dessen Aufbau sind standortangepasste Baumarten mit entsprechender Klimaresilienz. Nach Vorstellung von CDU und CSU sollen beim Waldauf- und -umbau vorwiegend heimische Baumarten aus geeigneten Herkünften zum Einsatz kommen. Ideologische Scheuklappen lehnen wir an dieser Stelle aber ab. Wir können uns nicht mehr leisten auf alle „nicht-heimische Arten“ zu verzichten. Arten, wie die relativ trockenresistente, schnell wachsende Douglasie können auf geeigneten Standorten durchaus ihren Platz haben.
SPD	Der Wahl der richtigen Baumarten kommt bei der Wiederbewaldung der Schädflächen und dem Waldumbau zu klimastabilen Mischwäldern eine entscheidende Rolle zu. Eine geeignete Baumartenwahl hat das Potential, die Stabilität und Resistenz eines Bestandes zu verbessern. Sie muss standortangepasst erfolgen und sich an die zukünftige klimatische Entwicklung anpassen. Wir befinden uns in einer Zeit der Ungewissheit, in der es auch für die Wissenschaft schwierig geworden, gesicherte Empfehlungen für die Waldbewirtschaftung und speziell der Baumartenwahl zu geben. Die Forschung muss gestärkt werden. Es muss auf Vielfalt gesetzt werden, um zukünftig auf verändernde klimatische Bedingungen reagieren zu können. Es wird regionale und standortangepasste Lösungen brauchen, die immer wieder evaluiert und dann ggf. angepasst werden müssen.

Bündnis 90/ Die Grünen	Der Erhalt des Waldreichtums in Deutschland ist im Interesse der gesamten Gesellschaft. Wir GRÜNE wollen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer – öffentliche wie private - mit einem Klimawaldprogramm dabei unterstützen, naturnahe Laubmischwälder wieder aufwachsen zu lassen. Naturnahe, artenreiche und klimastabile Waldökosysteme sind widerstandsfähiger als Monokulturen. Dabei setzen wir auf bewährte heimische Arten mit ihrer ökologischen Plastizität und wollen der natürlichen Sukzession Raum lassen.
Die Linke	Artenreichtum und genetische Vielfalt sind wichtige Voraussetzungen für die Lebensraumfunktion des Waldes und seine Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Bedingungen (z.B. Klimawandel). Gleichzeitig sind sie Grundlage für die Züchtung angepasster (i. e. trockenstress-, hitzestress-, [spät]frost- u. schaderregertoleranter), leistungsfähiger (hinreichende Wuchseistung) und qualitativ hochwertiger (vielfältige Nutzungsmöglichkeiten) Bäume. Dazu wird deutlich mehr Forschung, insbesondere zu den ökophysiologischen Eigenschaften gebraucht. Im Zuge des naturgemäßen Umbaus zum Zukunftswald sowie zur Wiederbewaldung von Schadflächen sind klimatolerante heimische und europäische Baumarten wichtig. Nichtinvasive fremdländische Baumarten und Gehölze sollten nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, insbesondere wenn es früher nahe heimische Verwandte gab. Nutzungseinschränkungen von Flächen können als Refugien und wissenschaftliche Lernorte für Gesellschaft und Politik wichtig sein.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen einen raschen Wiederaufbau und die Gesundung der Wälder durch praxistaugliche Regelungen erreichen. Als ein entscheidendes Instrument, unsere Wälder vor dem Hintergrund von Klimaveränderungen zukunftsfit zu machen, ist die Wahl und die Nutzung standortangepasster Baumarten. Dazu wollen wir das Forstvermehrungsgutgesetz anpassen.
Volt	Volt setzt hier konsequent auf eine ideologiefreie und wissenschaftlich fundierte Ausrichtung des Waldbaus, wobei eindeutig ist, dass der Forschungsbedarf noch groß ist. Nichtheimische Baumarten sollen in den Klimaanpassungsstrategien der Waldbesitzer*innen eine Rolle spielen, vermeintliche Allheilmittel sind jedoch mit einem nicht zu vernachlässigenden ökonomischen wie ökologischen Risiko verbunden. Bei mäßiger Einbringung solcher Baumarten im Rahmen der geltenden Vorgaben überwiegen die Erkenntnisse und ggf. auch schon der wirtschaftliche Nutzen die Risiken.

4. Die internationale Waldzerstörung hat in den letzten Jahren wieder massiv zugenommen. Entwaldungsfreie Lieferketten gelten hier als Schlüsselinstrument, um die Abholzung von Wäldern zu reduzieren. Wie beabsichtigen Sie entwaldungsfreie Lieferketten sicher zu stellen?

CDU/CSU	Der Erhalt des Regenwaldes und weiterer wertvoller Naturwälder von weltweiter Bedeutung ist uns ein großes Anliegen. Wir engagieren uns beim Schutz der internationalen Wälder und gegen illegalen Holzeinschlag. Wir unterstützen die von der CDU und CSU- geführten Bundesregierung vorgelegten Leitlinien für entwaldungsfreie Lieferketten von Agrarrohstoffen. Diese haben einen umfassenden Ansatz und setzen auf Initiativen von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verbänden, Transparenz und Information für Verbraucherinnen
----------------	---

	<p>und Verbraucher, die Verbreiterung der wissenschaftlichen Grundlagen, die Zusammenarbeit mit den Produktionsländern und die Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in der EU-Handelspolitik. So wollen wir den weltweiten Schutz der Wälder vorantreiben.</p> <p>Ganz wichtig ist es, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Boot zu haben. Deshalb wurde das nationale Stakeholderforum für entwaldungsfreie Lieferketten gegründet, dessen Arbeit wir von politischer Seite aus intensiv begleiten werden.</p>
SPD	Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Entwaldung müssen verschiedene Politikfelder ineinandergreifen, dazu zählen die gut aufeinander abgestimmten Politikbereiche der Waldwirtschaft, der Landwirtschaft, des Natur- und Klimaschutzes, der ländlichen Entwicklung und des Handels. Die Leitlinie für entwaldungsfreie Lieferketten muss umgesetzt werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Wir GRÜNE unterstützen alle Maßnahmen zum Stopp der globalen Entwaldung. Es braucht ein ambitioniertes Lieferkettengesetz, das die Pflicht zum Nachweis von entwaldungsfreien Lieferketten beinhaltet. Für die erforderliche Transparenz sind eine verpflichtende Berichterstattung und der Aufbau eines verantwortungsvollen Lieferketten-Managements erforderlich. Darüber hinaus dürfen wir keine Handelsabkommen abschließen, die auf die Ausweitung von Agrarimporten setzen, die Abholzung beschleunigen.
Die Linke	DIE LINKE fordert ein wirksames Lieferkettengesetz und den Stopp des EU-Mercosur-Abkommens. Die bisherigen freiwilligen Selbstverpflichtungen der Unternehmen und das Sorgfaltspflichtengesetz der Bundesregierung reichen nicht aus. Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die EU braucht ein starkes Lieferkettengesetz, das Unternehmen und Investoren dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihre Geschäftsmodelle nicht zur Zerstörung und Beschädigung von wichtigen Ökosystemen und Wäldern beitragen. Vor allem für EU-Importe wird tropischer Lebensraum zerstört. Die EU nimmt hierbei den zweiten Platz ein, während die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EU auf Platz eins für die Entwaldung durch Importe verantwortlich ist. Immer mehr weltweiter Handel mit Fleisch und Viehfutter heißt: mehr Landnahme, mehr Ausbeutung, weniger Urwald, weniger Klimaschutz. Die Festlegung der Vertragspartner auf das Pariser Klimaabkommen bleiben derweil unverbindlich und nicht sanktionsbewehrt.
FDP	Für uns Freie Demokraten ist Klimaschutz und die Entwicklungs- sowie die internationale Forstpolitik untrennbar miteinander verbunden. Besonders Tropenwälder regulieren in besonderem Maß den regionalen Wasserhaushalt, verhindern Dürren und Überschwemmungen, schützen vor Bodenerosion und sichern den Erhalt biologischer Vielfalt. Aus unserer Sicht darf eine weltweite Waldvernichtung nicht mehr hingenommen und muss aktiv vermieden werden. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag die Initiative "Weltweit mehr Wald für den Klimaschutz" eingebracht (vgl. BT-Drs. 19/9226). Demnach soll im Rahmen einer lösungsorientierten Entwicklungspolitik ein nach Regionen und Staaten unterteiltes Konzept für Aufforstungen als ökologisch und sozioökonomisch interessante Alternative zu Agro-Plantagen oder Viehzucht erarbeitet werden, wobei Zuschüsse aus Mitteln der weltweit verfügbaren

	<p>CO2-Kompensationsfonds einzubeziehen sind. Zudem wollen wir den Kenntnis- und Technologietransfer zwischen Deutschland und Entwicklungsländern für Verfahren zum dauerhaften Entzug des CO2 aus der Verbrennung von Biomasse und dessen dauerhafter Speicherung anstoßen und aktiv entwickeln.</p> <p>Nicht zuletzt sehen wir auch in der Schaffung besser Rahmenbedingungen für unsere heimische Landwirtschaft einen wichtigen Baustein darin, Waldrodungen für die Produktion von Eiweißpflanzen in anderen Staaten zu vermeiden. Gerade vor dem Hintergrund der Debatten um die Importe von Eiweißfuttermitteln mit Regenwaldrodungen und geringeren Umweltstandards in den Produktionsländern werden wir mit einer sachorientierten Pflanzenschutzpolitik und wirkungsvollen Maßnahmen dafür sorgen, den Anteil an heimisch erzeugten Eiweißpflanzen zu erhöhen.</p>
Volt	<p>Wir stehen für ein starkes Lieferkettengesetz, welches Unternehmen zur Nachverfolgung und Einhaltung von Menschenrechten verpflichtet. Im Rahmen dieser Nachvollziehbarkeit sehen wir einen Bedarf von staatlich anerkannten Nachhaltigkeitszertifikaten. Diese müssen weitestgehend garantieren, dass in Deutschland (und Europa) gehandelte Waren nicht zu Lasten der Ökosysteme hergestellt wurden. Volt sieht einen Teil der Haftung hierbei insbesondere auch bei den Handelsunternehmen.</p>

<p>5. Trotz großer Anstrengungen werden täglich 52 Hektar (darunter auch Wald) in Deutschland versiegelt. Dies läuft konträr zur großen Bedeutung des Waldes für den Klimaschutz und die Biodiversität. Wie beabsichtigen Sie den Schutz der Waldfläche sicherzustellen und den Flächenverbrauch zu reduzieren?</p>	
CDU/CSU	<p>Um den Flächenverbrauch zu verringern, wollen wir beim Bauen die großen Potenziale von Brachflächenentwicklung und Nachverdichtung, wie zum Beispiel Aufstockung von Gebäuden, ausschöpfen. Beides werden wir im Rahmen der Städtebauförderung verstärken. Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz ist es für Kommunen einfacher geworden, innerörtliche Flächen zu mobilisieren. Wir wollen ihre Möglichkeiten – unter Beachtung des Grundsatzes Innen- vor Außenentwicklung – noch weiter vergrößern und ihnen noch mehr Flexibilität einräumen.</p>
SPD	<p>Die Bundeswaldinventur 2011/2012 hat in der Summe eine Zunahme der Waldfläche um 0,4 Prozent bzw. 50.000 Hektar ergeben. Somit hat sich die Waldfläche quantitativ nur relativ wenig verändert. Einem Waldverlust von 58.000 Hektar werden durch 108.000 Hektar neuem Wald kompensiert. Wälder sind dienen der Holzproduktion und sind wertvolle Lebensräume für viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Darüber hinaus haben sie wertvolle Funktionen für den Wasserhaushalt, das Klima und unsere Erholung. Dies gilt es zu erhalten.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Die Reduktion des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale Rolle beim Natur- und Artenschutz. Mit entsprechenden rechtlichen Vorgaben und Anreizen werden wir den Vorrang der Innenentwicklung und für flächensparendes Bauen realisieren, nicht mehr benötigte versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. Künftig wird mehr hoch als breit gebaut, Verkehrsflächen werden reduziert. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen ortsnah durch</p>

	Entsiegelung ausgeglichen werden. So steigen wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft ein, die letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Wir GRÜNE setzen uns ferner dafür ein, dass der Paragraph 13b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.
Die Linke	Die Neuversiegelung von Land- und Forstwirtschaftsflächen muss konsequent reduziert werden. Entsiegelung und innerörtliche Entwicklung müssen Vorrang haben. Straßenneubau muss an zwingenden Bedarf gebunden werden. In den Regionalplänen müssen Entsiegelungspotenziale festgehalten werden.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen Nutzungskonflikte zwischen den ökologisch wertvollen Waldflächen in Deutschland mit ihrer großen Bedeutung für den Klimaschutz und die Biodiversität und dem Flächenbedarf etwa von Wohnraum durch praktikable Rahmenbedingungen lösen. Um die in der Innenentwicklung vorhandenen Potentiale auch strategisch nutzen zu können, müssen wachsende Städte und Gemeinden die potentiellen Flächen erkennen und die Hindernisse einer Bebauung beseitigen. Wir Freie Demokraten wollen dafür ein Baulücken- und Potentialflächenkataster einführen. Auf dessen Grundlage können die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten konkrete Zeit- und Maßnahmenpläne zur Bebauung dieser innenliegenden Flächen entwickeln. Hindernisse bei der Wiederverwertung von Brachflächen sind konsequent zu beseitigen. Der Bund muss die Länder im Rahmen der Bauministerkonferenz außerdem zu einer Entbürokratisierung des Dachausbaus und der Dachaufstockung, etwa bei der Stellplatz- und Aufzugspflicht, anhalten und mittels der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.
Volt	Im Rahmen unserer Landnutzungsstrategie, wollen wir die Netto-Neuversiegelung von Boden auf Null bringen. Dies soll einerseits durch die effizientere Nutzung heute schon versiegelten Flächen passieren und andererseits durch ein Umdenken im Umgang mit der endlichen Ressource Boden. Durch Nachverdichtung und Aufstockung können zukünftige Raumbedarfe sowohl im urbanen als auch ländlichen Raum begegnet werden.

6. In Anbetracht der großen Kahlflächen im Wald wird in walddreichen Regionen die Forderungen erhoben, die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen und den Bau von Windkraftanlagen im Wald leichter zu genehmigen. Wie steht Ihre Partei dazu?	
CDU/CSU	<p>CDU und CSU wollen die Waldflächen, die durch Stürme, Dürre und nachfolgende Borkenkäferkalamitäten verloren gegangen sind, wieder aufforsten. Wir brauchen den Wald als Kohlenstoffsенke, er ist unser Klimaschützer Nummer 1. Die von CDU und CSU-geführte Bundesregierung hat deshalb zusammen mit den Ländern ein 1,5 Milliarden Euro-Paket für den klimastabilen und standortgerechten Wiederaufbau der Wälder geschnürt.</p> <p>Der Bau von Windkraftanlagen im Wald kann nur entsprechend den regionalen Strukturen und Standortverhältnisse erfolgen. Dabei müssen die Belange von Natur und Umwelt berücksichtigt werden und mit der Energieerzeugung wie auch mit der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit der Waldnutzung in Einklang gebracht werden.</p>

SPD	Die Genehmigung von Windkraftanlagen obliegt den zuständigen Länderbehörden. Sie kann nur unter Beachtung des Artenschutz- und Immissionsschutzrechts sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung erteilt werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Auf zerstörten Flächen soll wieder Wald wachsen, neue Wälder sollen in Retentionsräumen, Auen, Niederungen und auf Industriebrachen entstehen. Wir wollen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer – öffentliche wie private - mit einem Klimawaldprogramm dabei unterstützen, wieder naturnahe Laubmischwälder aufwachsen zu lassen. Windkraft im Wald schließt sich nicht per se aus, besonders nicht in stark bewirtschafteten Monokulturen.
Die Linke	Der Schutz von Wäldern und ihren Ökosystemleistungen, die dringend notwendige Energiewende (u.a. durch den Bau von Windkraftanlagen), sowie der Versorgungsauftrag von Landwirtschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Umwandlung von Wald in Acker lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Stattdessen müssen die vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen nachhaltig zur Sicherung der Versorgungssouveränität mit Lebensmittel (prioritär) und soweit sinnvoll erneuerbaren Rohstoffen (inkl. Energie) ausgerichtet werden. Regionale, kooperative Wirtschaftskreisläufe statt anonymen Weltmarkts mit Dumpingbedingungen. Den vereinzelt Bau von Windkraftanlagen in naturfernen Wäldern lehnt DIE LINKE nicht grundsätzlich ab, setzt aber eine strenge Umweltverträglichkeitsprüfungen voraus, um Waldflächen und seine Lebensraum- und Ökosystemleistungen zu schützen.
FDP	Wir Freie Demokraten sehen die ökologischen Probleme beim Bau von Windenergieanlagen in Wäldern. Aus diesem Grund muss unter der Berücksichtigung der jeweiligen Bedingungen vor Ort nach strengen Maßstäben geprüft werden, inwieweit Waldflächen, auch solche, die aufgrund der extremen Wetterereignisse zerstört wurden, als Standort von Windenergieanlagen in Frage kommen können.
Volt	Einer Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen steht Volt grundsätzlich kritisch gegenüber. Der Bau von Windkraftanlagen im Wald soll vermieden werden, bis in der übrigen Fläche die potentiellen Standorte für erneuerbare Energiegewinnung ausgebaut wurden. Hierbei stehen für uns insbesondere die Solarenergie auf Gebäudedächern und die Offshore-Windenergie im Fokus. Durch ein starkes Lieferkettengesetz geben wir den heimischen Betrieben die Sicherheit, dass gehandelte Produkten den gleichen hohen Standards an Nachhaltigkeit genügen. Hierdurch wird auch der Preis von forstwirtschaftlichen Erzeugnissen stabilisiert. Zudem sollten Kompensationsleistungen (Ausgleichszahlungen) für den Ausstoß klimaschädlicher Gase aus den Industrien anteilig in regionale Wiederaufforstung fließen.

**Um transparent zu bleiben, haben wir die Antworten der Parteien nicht gekürzt und stellen sie hier in der Originalfassung dar.*